

Strahlentelex mit ElektrosmogReport

Fachinformationsdienst zur Bedeutung elektromagnetischer Felder für Umwelt und Gesundheit

9. Jahrgang / Nr. 5

nova-Institut

Mai 2003

Politik

WHO unterstützt Vorsorgeprinzip

Entgegen ihrer bisherigen Politik unterstützt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) das Vorsorgeprinzip im Umgang mit hoch- und niederfrequenter Strahlung. Ein entsprechendes Papier wurde von den Leitern des internationalen WHO-Projektes zu elektromagnetischen Feldern bei einem Workshop im Februar verteilt. Die Meinungen zum Sinn der Anwendung des Vorsorgeprinzips auf EMFs waren bei dem Treffen gespalten.

Die Weltgesundheitsorganisation hat entschieden, dass es „genügend Hinweise“ gibt, um das Vorsorgeprinzip sowohl bei niederfrequenter als auch bei hochfrequenter Strahlung anzuwenden. In einem Positionspapier, das bei einem Workshop in Luxemburg vom 24. bis 26. Februar 2003 verteilt wurde, kündigten die Leiter des EMF-Projektes bei der WHO, Dr. Michael Repacholi und Dr. Leeka Kheifets, an, sie würden sich nun auf das Vorsorgeprinzip berufen. Das Vorsorgeprinzip fordert dazu auf, angesichts unklarer Risiken Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit zu ergreifen. Die Meinung, ob eine Änderung der WHO-Politik richtig sei, war beim Workshop, an dem etwa 40 Experten teilnahmen, gespalten. Einer der Befürworter war Dr. David Gee von der Europäischen Umweltschutzagentur, einer der Skeptiker Dr. Maurice Tubiana, Präsident der französischen Akademie für Medizin.

Gee hat eine umfangreiche Untersuchung zur Anwendung und Nicht-Anwendung des Vorsorgeprinzips in 14 Fallstudien durchgeführt. Diese umfassen so bekannte Themen wie das Ozonloch, BSE und Antibiotika im Tierfutter. Dabei seien einige Probleme identifiziert worden, die aus einem Missverständnis des Vorsorgeprinzips entstanden seien. Dazu zählen unter anderem:

- Der große Unterschied zwischen guter Wissenschaft auf der einen Seite und der öffentlichen Politik, die auf der guten Wissenschaft basiert, auf der anderen Seite. Die öffentliche Politik werde durch viele andere Dinge als durch gute Wissenschaft beeinflusst.
- Die Notwendigkeit zwischen „Risiken“, bei denen wir die Resultate und Wahrscheinlichkeiten kennen, und „Unsicherheiten“, bei denen wir die Resultate, aber nicht die Wahrscheinlichkeiten kennen, und „Unwissenheit“, bei der wir kein Wissen über die Resultate und daher auch nicht über die Wahrscheinlichkeiten besitzen, zu unterscheiden.
- Die unterschiedlichen Grade von Beweisen, die für verschiedene Zwecke notwendig sind. Ein geringeres Niveau passt zum Vorsorgeprinzip. Ein höheres Niveau ist für wissenschaftliche Sicherheit notwendig.

Dr. Gees Position ist die, dass eine sensible Anwendung des Vorsorgeprinzips der Gesellschaft gewaltigen Nutzen bringe und über weite Strecken den Behörden helfe.

Dr. Tubiana war kein totaler Gegner des Vorsorgeprinzips, sah jedoch viele Probleme. Er war der Auffassung, dass das Vorsorge-

prinzip bereits die weitere Entwicklung der drahtlosen Kommunikation und daher den ökonomischen und sozialen Fortschritt blockieren würde. Er war zudem besorgt darüber, dass zur Bekämpfung ernsthafter und bekannter Risiken (Rauchen, Übergewicht, Verkehrsunfälle) zu wenige Gelder verwendet würden, während diese Mittel zur Erforschung möglicher Risiken ausgegeben würden. Als Beispiel für eine fehlgeleitete Entwicklung berichtete er davon, wie das Vorsorgeprinzip in Frankreich die Impfungen gegen Hepatitis B unterbrochen hätte, aufgrund von Ängsten, der Impfstoff könne multiple Sklerose verursachen, obwohl das niemals demonstriert worden sei. Er war zudem besorgt, dass das Vorsorgeprinzip zu mehr Gerichtsverfahren führen würde, weil es das Gefühl verstärke, dass jedes Risiko inakzeptabel sei und verboten gehöre. Bereits die Angst vor Prozessen könne Entscheidungsträger zu Entscheidungen verleiten, die weniger darauf abzielten, die öffentliche Gesundheit zu schützen, als vielmehr auf die Vermeidung des Risikos für ein Gerichtsverfahren. Er unterstrich die Notwendigkeit, dass die Öffentlichkeit objektive Informationen erhalten müsse, und dass auf dieser Basis und nicht auf der Angst vor hypothetischen Risiken gehandelt werden müsse.

Vorträge von Dr. Jürg Baumann von der Schweizer Umweltschutzagentur und Dr. Livio Guiliani vom nationalen Institut für Umweltgesundheit in Italien fassten die Anwendung des Vorsorgeprinzips auf die jüngsten EMF-Regelungen in der Schweiz und Italien zusammen. Baumann hatte einige Wünsche an die WHO, nämlich dass sie es in Erwägung ziehen solle, Vorsorgegrenzwerte für elektromagnetische Felder zu empfehlen, dass sie darauf hinweisen solle, dass die ICNIRP-Richtlinien nichts mit Vorsorge zu tun hätten, dass sie ihre Kriterien für wissenschaftsbegründete Maßnahmen ausarbeiten solle, und dass sie die bestverfügbare Technologie dokumentieren solle.

Am Ende des Workshops gab es keine konkreten Hinweise, wie die Anwendung des Vorsorgeprinzips auf elektromagnetische Felder aussehen könnte. Dr. Christopher Portier, Vorsitzender des Workshops in Luxemburg, meinte: „Es gab keine klare Orientierung, was man tun und was man nicht tun wird.“ Portier ist Leiter des Umweltgiftprogramms der amerikanischen Gesundheitsinstitute in Research Triangle Park.

Auch Repacholi beschränkte sich auf die Frage, was genau er im Kopf habe, auf allgemein gehaltene Ausführungen: „Wir wollen nach Wegen schauen, wie wir Vorsorgemaßnahmen in die EMF-

Weitere Themen

Informationspolitik und Vorsorge, S. 2

Basierend auf der sozialwissenschaftlichen Risikoforschung wurden erstmals repräsentative Daten zur Risikoeinschätzung der Bevölkerung zum Mobilfunk erhoben und publiziert.

Strahlungsminimierung bei Mobilfunk, S. 4

Das nova-Institut gibt Tipps zur Auswahl des Mobilfunknetzes und das Bundesamt für Strahlenschutz zur Strahlenreduzierung beim Telefonieren mit dem Handy.

Arena einführen.“ Das könne beispielsweise so aussehen, dass man „die Pegel niedrig halte, ohne mit den Kosten über Bord zu gehen.“ Man sei erst dabei, die WHO-Position zu entwickeln.

Quellen:

1. McManus T. Bericht von der Konferenz „Application of the Precautionary Principle to Electromagnetic Fields (EMF)“, 24.-26. Februar 2003, Luxemburg. Im Internet als PDF-Datei unter http://www.who.int/peh-emf/meetings/Lux_final_rapp_report.pdf
2. WHO invoke precautionary principle for high and low-frequency EMFs. Microwave News 2003;23(2):1, 11-12.

Umfrage

Informationspolitik, politische Rahmenbedingungen und Vorsorge

Basierend auf der sozialwissenschaftlichen Risikoforschung wurden erstmals repräsentative Daten zur Risikoeinschätzung in der Bevölkerung bezüglich Mobilfunk erhoben und publiziert. Die Studie erfolgte im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit. (Teil 2)

Im ersten Teil unserer Zusammenfassung (vgl. Elektromog-Report, April 2003) ging es vor allem um die Risikowahrnehmung verschiedener Technologien und in Bezug auf mögliche gesundheitliche Auswirkungen des Mobilfunks. In dieser Ausgabe des Elektromog-Reports berichten wir über Informationspolitik, politische Rahmenbedingungen, Vorsorgemaßnahmen und die Situation in anderen Ländern.

Persönliche Vorsorgemaßnahmen

Mehr als zwei Drittel der Handybesitzer, die gesundheitliche Risiken nicht ausschließen – das sind hochgerechnet knapp die Hälfte der Bevölkerung (vgl. Elektromog-Report, April 2003) – treffen bereits persönlich Vorsorgemaßnahmen (S. 96ff): Sie telefonieren nur so lange wie „unbedingt nötig“ mit dem Handy (87,9%), tragen das Handy, „wenn es geht nicht am Körper, sondern z.B. in einer Tasche“ (80,2%), lassen das Handy meist ausgeschaltet und benutzen es so wenig wie möglich (52,2%), achten darauf, „dass die Antenne so weit wie möglich“ vom Kopf entfernt ist (38,7%), telefonieren wegen der höheren Strahlung nicht im Auto, Bus oder Straßenbahn (35,3%), beachten „die SAR-Werte beim Handykauf“ (20,7%) und benutzen ein Headset (11,5%).

Die Ergebnisse zeigen, dass die Handybenutzer vor allem solche Vorsorgemaßnahmen ergreifen, die praktisch sind sowie zusätzliche Vorteile bieten, wie z.B. Kosten zu sparen oder den Akku zu schonen. Effektive Maßnahmen wie die Verwendung von Headsets werden dagegen kaum genutzt, weil sie die Flexibilität beim Telefonieren einschränken oder umständlich erscheinen.

Akzeptanz politischer Vorsorgemaßnahmen

Befragte, die gesundheitliche Risiken durch Mobilfunk nicht ausschließen (66% aller Befragten), betrachten zu 97,2% mehr Forschung zu möglichen gesundheitlichen Risiken als sinnvoll bzw. sehr sinnvoll. Ebenso wird die Einrichtung sensibler Zonen im Umfeld von Mobilfunkanlagen von der überwiegenden Mehrheit der Befragten als sinnvolle Maßnahme (72,2% sehr sinnvoll, 17,8% eher sinnvoll) eingestuft. Weiterhin wird die SAR-Deklarationspflicht für Handys stark befürwortet (70,7% sehr sinnvoll,

19% eher sinnvoll). 61,9% halten generell „mehr Informationen“ zum Thema Mobilfunk für „sehr sinnvoll“.

42,6% halten es für „sehr sinnvoll“ - und weitere 31,4% für „eher sinnvoll“ – wenn gewählte kommunale Volksvertreter bei der Standortwahl von Mobilfunk-Sendemasten beteiligt werden. Frühzeitige Informationen sowie strengere Genehmigungsverfahren treffen auf eine hohe Zustimmung (61,2% bzw. 53,4% „sehr sinnvoll“). Auch senderfreie Wohngebiete finden die Zustimmung der Mehrheit derjenigen, die gesundheitliche Risiken nicht ausschließen (52,8% „sehr sinnvoll“).

82,5% dieser Befragten halten das Absenken der Grenzwerte für Mobilfunk-Sendemasten für sinnvoll, 57,5% halten zudem die Reduzierung der Grenzwerte für Handys für „sehr sinnvoll“, weitere 26,3% halten dies für „eher sinnvoll“.

Maßnahmen für besonders Schutzbedürftige finden eine hohe Zustimmung. Fast 90% der Befragten sind der Meinung, dass Kinder aus gesundheitlichen Gründen nur eingeschränkt mit dem Handy telefonieren sollten (S. 117).

Zahlungsbereitschaft bei Vorsorgemaßnahmen

Knapp ein Drittel (30,4%) der Befragten wäre bereit, bis zu 5 DM (2,56 EUR)/Monat zusätzlich aufzuwenden (S. 107), etwas mehr als ein Viertel (28,9%) würde bis zu 10 DM (5,11 EUR)/Monat aufwenden, immerhin 15,5% wären bereit, bis zu 20 DM (10,23 EUR)/Monat mehr für den Mobilfunk auszugeben und fast 10% würden 30 DM (15,34 EUR) oder mehr pro Monat zahlen, wenn dafür Vorsorgemaßnahmen ergriffen würden. Diese hohe Zahlungsbereitschaft zeigt, dass Vorsorgemaßnahmen für viele Bürger ein sehr ernstes Anliegen darstellen.

Großer Informationsbedarf

Der Informationsbedarf in der Bevölkerung ist trotz der intensiven Berichterstattung in den Medien als sehr hoch einzuschätzen (S. 111ff). Über 80% der Befragten verlangen mehr Informationen zur möglichen Gesundheitsgefährdung durch Mobilfunk. Fast ebenso hoch ist das Interesse an Möglichkeiten zur Vorsorge.

Eine zentrale Funktion erfüllt nach Meinung der Befragten in diesem Zusammenhang die öffentliche Hand (S. 134). Behörden werden in der Pflicht gesehen, Informationen zur Verfügung zu stellen: „Sie sind objektiv, das ist ihre Aufgabe.“ Sie gelten als die zuständigen Stellen, die Bürger „zuerst und umfassend zu informieren“ haben. Breitangelegte Informationskampagnen für die Öffentlichkeit erwartet man in erster Linie von ihnen.

Online-Immissionsdatenbanken, die Transparenz über die tatsächliche Höhe der EMF-Belastung schaffen, gelten als sinnvoll, um eine direkte Kontrolle über die Einhaltung der Grenzwerte auszuüben (S. 141). Der Zugriff durch jeden Interessierten und nicht nur für die Kommunen ist für manche Befragte dafür eine wichtige Voraussetzung.

Obwohl das Interesse am Thema Mobilfunk groß ist, sind die in den letzten Monaten getroffenen Vereinbarungen, Programme und Selbstverpflichtungen noch kaum bekannt. Die Autoren schreiben hierzu (S. 140): „Eine zentrale Aufgabe scheint daher möglicherweise nicht nur darin zu bestehen, weitere neue Maßnahmen zu konzipieren, sondern die vorhandenen stärker in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung zu rücken.“

Handy-Siegel

Handy-Gütesiegel werden von den Befragten als Option begrüßt, die Kaufentscheidung bei Handys zu erleichtern. Die Bedeutung von SAR-Werten ist allerdings kaum bekannt – hier ist weitere Aufklärungsarbeit notwendig.

Der Vorschlag, Kennzeichnungspflichten für Handys einzuführen, wird auch von „den Laien“ positiv aufgenommen (S. 132f). In den